

JTF

Finanzplanebene 15.03.3.	Bezeichnung "ESF-nahe" Maßnahme i.S. der transferrelevanten schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung, einschließlich Infrastruktur (Bildung)
------------------------------------	--

A Handelt es sich um eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Absatz 1 AEUV?

1. Findet ein Transfer von staatlichen Mitteln statt?

Ja

Nein , siehe Begründung

Begründung:

2. Erhält der Empfänger einen Vorteil, den er unter normalen Umständen auf dem Markt nicht erhalten hätte?

Ja

Nein , siehe Begründung

Begründung:

3. Ist der Leistungsempfänger an einer wirtschaftlichen Tätigkeit beteiligt, bietet er z. B. Güter oder Dienstleistungen auf einem Markt an?

Ja Nein , siehe Begründung

Begründung:

Die Zuwendungen fließen in ein Förderprogramm, bei dem die Unternehmenseigenschaft und eine wirtschaftliche Tätigkeit des Förderempfängers ausgeschlossen werden kann. Mit dieser Infrastrukturmaßnahme sollen mehrere Bildungseinrichtungen auf einen Campus vereint und dadurch eine hochwertige Ausbildungsmöglichkeit im Bereich der öffentlich kontrollierten Bildung geschaffen werden.

4. Führt die Förderung zu einer (potenziellen) Wettbewerbsverfälschung?

Ja Nein , siehe Begründung

Begründung:

Art. 107 Abs. 1 AEUV findet keine Anwendung, da die Zuwendungen in ein Förderprogramm fließen, bei dem die Unternehmenseigenschaft des Förderempfängers ausgeschlossen werden kann. Mit dieser Infrastrukturmaßnahme sollen mehrere Bildungseinrichtungen auf einem Campus vereint und dadurch eine hochwertige Ausbildungsmöglichkeit im Bereich der öffentlich kontrollierten Bildung geschaffen werden.

5. Ist das Produkt oder die Dienstleistung theoretisch zwischen den Mitgliedstaaten handelbar oder findet eine Handelsbeeinträchtigung durch die Förderung statt?

Ja Nein

Begründung:

Bei der Fertigstellung des Fördergegenstandes handelt es sich um ein Gebäude, welches kein Produkt als eine bewegliche Sache zwischen den Mitgliedsstaaten gehandelt werden kann, sondern eine unbewegliche Sache darstellt. Ebenso ergeben sich durch die Errichtung des Gebäudes keine Dienstleistungen.

Nur sofern alle Fragen mit „Ja“ beantwortet wurden, handelt es sich um eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 107 Abs. 1 AEUV.

Im Ergebnis: Handelt es sich um eine staatliche Beihilfe?


Ja (Teil B und C sind ebenfalls auszufüllen)

Nein, es handelt sich nicht um eine staatliche Beihilfe

Nein, es handelt sich um eine Förderung im Rahmen der De-minimis-Verordnung

B Beihilferechtliche Rechtfertigung der Maßnahme

Die Maßnahme wird beihilferechtlich gerechtfertigt durch

- AGVO Artikel ...
- DAWI-De-minimis-VO
- DAWI-Freistellungsbeschluss
- sonstiges: ...
-  Eine Mitteilung an die EU-Kommission ist erforderlich.
 - Notifizierung
 - AGVO-„Blitzmeldung“
- Eine Mitteilung an die EU-Kommission ist nicht erforderlich, weil die Maßnahme beihilferechtlich freigestellt werden kann durch
 - DAWI-De-minimis-VO
 - DAWI-Freistellungsbeschluss

Begründung für die Entscheidung, dass eine Förderung gemäß der AGVO, der DAWI-De-minimis-VO oder dem DAWI-Freistellungsbeschluss vorliegt:

C Einbindung des für Beihilfefragen zuständigen Referates des Landes

Da Zweifelsfragen und/oder klärungsbedürftige Grundsatzfragen vorlagen, erfolgte diesbezüglich eine Konsultation des Ministeriums für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt (MWL), Referat 21

- nein
- ja ⇒ Entscheidung des richtlinienverantwortlichen Fachressorts:
 - Dem Votum des MWL, Referat 21 wird im vollen Umfang gefolgt.
 - Dem Votum des MWL, Referat 21 wird in Teilen gefolgt.
 - Dem Votum des MWL, Referat 21 wird nicht gefolgt.

Begründung: